

Zusammenstellung der einzureichenden Anlagen zum Zuwendungsantrag der Maß- nahmen in der Integrierten Ländlichen Entwicklung nach FR ILE/REVIT

INHALT

1	Maßnahme LEADER – RAG	3
2	Maßnahme LEADER – Projekte und Kooperationsvorhaben – LPRO/KOOP	4
3	Maßnahme Pläne für die Entwicklung ländlicher Gemeinden – DEPL	5
4	Maßnahme Dorfentwicklung – DE	6
5	Maßnahme Dem ländlichen Charakter angepasste Infrastrukturmaßnahmen – INFRA	7
6	Maßnahme Einrichtungen für lokale Basisdienstleistungen – BASIS	8
7	Maßnahme Revitalisierung von Brachflächen – REVIT	10
8	Maßnahme Regionalbudget – REGB	11

Impressum

Herausgeber: Thüringer Landesamt für Landwirtschaft und Ländlichen Raum
Naumburger Str. 98, 07743 Jena
Tel.: +49 361 574041-000, Fax: +49 361 574041-390
E-Mail: postmaster@tlllr.thueringen.de

Bearbeitung: Referat 41 | Ländliche Entwicklung, Agrarökonomie und Marketingförderung

Stand: 15.01.2026

Copyright: Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt.
Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen und
der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.

1 Maßnahme LEADER – RAG

Lfd. Nr.	Anlagen von jedem Antragsteller, soweit zutreffend, einzureichen:	Einzureichen als Anlage zum Fördermittelantrag, Antragsfrist:
1	Nachvollziehbare, detaillierte Kostenkalkulation/Kostenberechnung. Dabei sind die geplanten Ausgaben der RAG für: a) Sachausgaben, b) die Sensibilisierung der Akteure, c) das Regionalmanagement in getrennten Anträgen darzustellen und zur Förderung zu beantragen. Eine Zuordnung zu den drei Fördergegenständen sollte wie folgt vorgenommen werden: a) Sachausgaben: Ausgaben für Geschäftsstelle, Öffentlichkeitsarbeit, Evaluierung und Monitoring der Regionalen Entwicklungsstrategie (RES) sowie Fortschreibung der RES einschließlich Konzepterstellung b) Sensibilisierung: Ausgaben für Schulung, Vernetzung und (allgemeine) Beratung der lokalen Akteure (Bürger, Zivilgesellschaft etc.) c) Regionalmanagement: Ausgaben für Regionalmanagement einschließlich Projektberatung und -betreuung. Hinweise zur Abgrenzung Sachausgaben zu Sensibilisierung: Sensibilisierungsvorhaben richten sich regelmäßig nach außen an die Akteure der Region, während sich Ausgaben für Gremiensitzungen, RAG Arbeitsgruppen, Schulungs- und Vernetzungskosten nach innen richten und daher den Sachausgaben zuzurechnen sind. Hinweise zur Abgrenzung Öffentlichkeitsarbeit zu Sensibilisierung: Öffentlichkeitsarbeit richtet sich an die breite Öffentlichkeit und informiert über den LEADER-Ansatz im Allgemeinen, während sich Sensibilisierungsvorhaben an spezielle Zielgruppen richten und gezielt über RES Inhalte und die Möglichkeiten einer aktiven Mitarbeit informieren.	15.10. für das folgende Jahr
2	Kreditbereitschaftserklärung (nur bei Finanzierung über Darlehen)	
3	Nachweis der eingeplanten Leistungen Dritter (nur wenn Drittmittel eingeplant)	
4	Anlage Steuernummern und Beteiligungen	
5	Aktuelle Bescheinigung in Steuersachen, zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht älter als 1 Jahr (nicht erforderlich bei Vorsteuerabzugsberechtigung)	
6	Vereinsregisterauszug	
7	GbR-Vertrag	
8	Nachweis Gemeinnützigkeit	
9	Kontoauszugskopien, Sparsbuchkopien, Bankerklärungen zu Guthaben, Kopien von Sparsbüchern Dritter inkl. Mittelbereitstellungserklärung des Dritten, o. ä. (wenn Eigenmittel am Vorhaben >50.000 €)	

2 Maßnahme LEADER – Projekte und Kooperationsvorhaben – LPRO/KOOP

Lfd. Nr.	Anlagen von jedem Antragsteller, soweit zutreffend, einzureichen:	Einzureichen als Anlage zum Fördermittelantrag, Antragsfrist:
1	Ausführliche Beschreibung des geplanten Vorhabens	LPRO: 15.02.
2	Fotos vom Standort des Vorhabens	
3	Lageplan mit Kennzeichnung des Standortes des beantragten Vorhabens sowie Angabe der Flurstücksnummer	
4	Kreditbereitschaftserklärung (nur bei Finanzierung über Darlehen)	
5	Stiftungsverzeichnisauszug (nur von Stiftungen)	
6	Nachweis der eingeplanten Leistungen Dritter (nur wenn Drittmittel eingeplant)	
7	Aktueller und vollständiger Grundbuchauszug oder Liegenschaftskatasterauszug (nicht älter als 2 Jahre) als Nachweis der bestehenden Eigentumsverhältnisse (bei Investitionen an Gebäuden bzw. Grund und Boden)	
8	Notariell abgeschlossener Kaufvertrag und der Grundbuchauszug über die eingetragene Auflassungsvormerkung zum Nachweis des Eigentumserwerbs (bei Investitionen an Gebäuden bzw. Grund und Boden)	
9	Nutzungsvertrag über mindestens 5 Jahre nach Fertigstellung (bei Investitionen an Gebäuden bzw. Grund und Boden)	
10	bei Kooperationsprojekten: Absichtserklärung für Kooperation (letter of intent)	
11	Kooperationsvereinbarung (nur bei Kooperationsprojekten)	
12	Erläuterungen zu den unbaren Eigenleistungen (nur bei Kleinprojekten, sofern eingeplant)	
13	Baugenehmigung	
14	Denkmalschutzrechtliche Genehmigung	
15	Nachweis über die Beteiligung der/des kommunalen Behindertenbeauftragte/n (bei öffentlich zugänglichen Vorhaben in Bezug auf Verkehrs- und Freiraum, Gebäude, Informations- und Kommunikationsanwendungen)	
16	Anlage Steuernummern und Beteiligungen	KOOP: laufend
17	De-minimis-Erklärung mit Anlagen (gilt nur bei wirtschaftlichen Tätigkeiten)	
	Nur von kommunalen Antragstellern/Gebietskörperschaften, soweit zutreffend, einzureichen	
18	Kostenberechnung (DIN 276 Ebene 3 oder gleichwertige Aufstellung entsprechend mit Angabe von Mengen, Einzelpreisen und Gesamtpreisen)	
19	Stellungnahme der Kommunalaufsichtsbehörde (wenn Eigenmittel >100.000 €)	
20	Bei beantragter Förderung freiberuflicher Leistungen (z. B. Planungen): mindestens drei schriftliche Angebotsabforderungen, eingegangene Angebote, Vergabeentscheidung mit Begründung sowie Vergabebeschluss	KOOP: laufend
	Nur von privatrechtlichen Antragstellern, soweit zutreffend, einzureichen	
18	3 vergleichbare Angebote (je Gewerk; gilt auch für Planungsleistungen), Pauschalangebote sind unzulässig	
19	Aktuelle Bescheinigung in Steuersachen, zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht älter als 1 Jahr (nicht bei Vorsteuerabzugsberechtigung)	
20	Handelsregister-, Genossenschafts-, Vereinsregisterauszug	
21	Nachweis Gemeinnützigkeit	KOOP: laufend
22	Kontoauszugskopien, Sparbuchkopien, Bankerklärungen zu Guthaben, Kopien von Sparbüchern Dritter inkl. Mittelbereitstellungserklärung des Dritten, o. ä. (wenn Eigenmittel am Vorhaben >50.000 €)	

3 Maßnahme Pläne für die Entwicklung ländlicher Gemeinden – DEPL

lfd. Nr.	Anlagen von jedem Antragsteller, soweit zutreffend, einzureichen:	Einzureichen als Anlage zum Fördermittelantrag, Antragsfrist:
1	Ausführliche Beschreibung des geplanten Vorhabens	laufend
2	Kreditbereitschaftserklärung (nur bei Finanzierung über Darlehen)	
3	Nachweis der eingeplanten Leistungen Dritter (nur wenn Drittmittel eingeplant)	
4	Kostenberechnung	
5	Handlungsansätze für die Entwicklung der Gemeinde bzw. Dorfregion	
6	Aufgabenstellung für die Entwicklungsplanung	

4 Maßnahme Dorfentwicklung – DE

lfd. Nr.	Anlagen von jedem Antragsteller, soweit zutreffend, einzureichen:	Einzureichen als Anlage zum Fördermittelantrag, Antragsfrist:
1	Ausführliche Beschreibung des geplanten Vorhabens	15.01.
2	Fotos vom Standort des Vorhabens	
3	Lageplan mit Kennzeichnung des Standortes des beantragten Vorhabens sowie Angabe der Flurstücksnummer	
4	Kreditbereitschaftserklärung (nur bei Finanzierung über Darlehen)	
5	Stiftungsverzeichnisauszug (nur von Stiftungen)	
6	Nachweis der eingeplanten Leistungen Dritter (nur wenn Drittmittel eingeplant)	
7	Aktueller und vollständiger Grundbuchauszug oder Liegenschaftskatasterauszug (nicht älter als 2 Jahre) als Nachweis der bestehenden Eigentumsverhältnisse <i>oder</i>	
8	Notariell abgeschlossener Kaufvertrag und der Grundbuchauszug über die eingetragene Auflassungsvormerkung zum Nachweis des Eigentumserwerbs <i>oder</i>	
9	Erbbaugrundbuchblatt (bei Erbbauberechtigung) <i>oder</i>	
10	Nutzungsvertrag über mindesten 15 Jahre	
11	Baugenehmigung	
12	Stellungnahme Planungsbüro (nur Förderschwerpunkte)	
13	Stellungnahme der Denkmalschutzbehörde (auch bei bestehendem Umgebungs-schutz notwendig z. B. Kirchengrundstück)	
14	Nachweis über die Beteiligung der/des kommunalen Behindertenbeauftragte/n (bei öffentlich zugänglichen Vorhaben in Bezug auf Verkehrs- und Freiraum, Gebäude, Informations- und Kommunikationsanwendungen)	
15	Anlage Steuernummern und Beteiligungen	
16	De-minimis-Erklärung mit Anlagen (gilt nur bei wirtschaftlichen Tätigkeiten)	
	Nur von kommunalen Antragstellern/Gebietskörperschaften, soweit zutreffend, einzureichen	
17	Kostenberechnung (DIN 276 Ebene 3 oder gleichwertige Aufstellung entsprechend mit Angabe von Mengen, Einzelpreisen und Gesamtpreisen)	
18	Stellungnahme der Kommunalaufsichtsbehörde (wenn Eigenmittel >100.000 €)	15.01.
19	Bei beantragter Förderung freiberuflicher Leistungen (z. B. Planungen): mindestens drei schriftliche Angebotsabforderungen, eingegangene Angebote, Vergabeentscheidung mit Begründung sowie Vergabebeschluss	
20	Bei beantragter Förderung von Straßenausbaumaßnahmen: Formblatt Berechnung des voraussichtlichen Ausgleichbedarfs	
21	Bei Vorhaben der Straßen- oder Platzgestaltung: Formblatt Bestätigung Abstimmung Träger Öffentlicher Belange	
	Nur von privatrechtlichen Antragstellern, soweit zutreffend, einzureichen	15.01.
17	3 vergleichbare Angebote (je Gewerk; gilt auch für Planungsleistungen), Pauschalangebote sind unzulässig	
18	Aktuelle Bescheinigung in Steuersachen, zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht älter als 1 Jahr (nicht bei Vorsteuerabzugsberechtigung)	
19	Handelsregister-, Vereinsregisterauszug	
20	Nachweis Gemeinnützigkeit	
21	Kontoauszugskopien, Sparsbuchkopien, Bankerklärungen zu Guthaben, Kopien von Sparsbüchern Dritter inkl. Mittelbereitstellungserklärung des Dritten, o. ä. (wenn Eigenmittel am Vorhaben >50.000 €)	
22	Stellungnahme der Gemeinde	

5 Maßnahme Dem ländlichen Charakter angepasste Infrastrukturmaßnahmen – INFRA

Lfd. Nr.	Anlagen von jedem Antragsteller, soweit zutreffend, einzureichen:	Einzureichen als Anlage zum Fördermittelantrag, Antragsfrist:
1	Fotos vom Standort des Vorhabens	laufend Einzureichen mit Erstantrag
2	Lageplan mit Kennzeichnung des Standortes des beantragten Vorhabens sowie Angabe der Flurstücksnummer	
3	Übersichtskarte M = 1 : 25.000 / 1 : 10.000 der Gemeinde bzw. Gemarkung: Hier sind zu kennzeichnen: • Gemeinde bzw. Gemarkungsgrenze -> orange, • klassifizierte Straßen im Sinne des Thüringer Straßengesetzes (einschließlich Gemeindestraßen und sonstige öffentliche Straßen) -> rot • vor der Antragstellung ausgebaute Wege (nach 1990 mit Jahresangaben versehen) -> gelb • beantragter Wegebau -> violett	
4	Planungsunterlagen zur Antragstellung, zumindest mit: • Flurkarte, • Lageplan des Weges M = 1 : 2.500 oder größer (mit Kilometrierung des Baubereiches, Kennzeichnung Bauweisen und Wegebreiten "Fbr/Kbr" wenn wechselnd, Entwässerungseinrichtungen, Ausweichstellen, Angaben zur Längsneigung [%]), • Beschreibung, • Regelquerschnitte	
5	Kreditbereitschaftserklärung (nur bei Finanzierung über Darlehen)	
6	Stiftungsverzeichnisauszug (nur von Stiftungen)	
7	Nachweis der eingeplanten Leistungen Dritter (nur wenn Drittmittel eingeplant)	
8	Aktueller und vollständiger Grundbuchauszug (nicht älter als 2 Jahre) als Nachweis der bestehenden Eigentumsverhältnisse <i>oder</i>	
9	Notariell abgeschlossener Kaufvertrag oder der Grundbuchauszug über die eingetragene Auflassungsvormerkung zum Nachweis des Eigentumserwerbs <i>oder</i>	
10	Nutzungsvertrag über mindesten 15 Jahre <i>oder</i>	
11	Erbbaugrundbuchblatt (bei Erbbauberechtigung) <i>oder</i>	
12	Grunddienstbarkeitsvertrag zwischen dem Eigentümer des Berechtigten Grundstücks und dem Eigentümer des Dienenden Grundstücks sowie Grundbuchauszug über die eingetragene Grunddienstbarkeit <i>oder</i>	
13	Tauschvereinbarungen und die rechtskräftigen Anordnungsbeschlüsse (bei freiwilligem Landtausch)	
14	Stellungnahme der Naturschutzbehörde (Eingriffsgenehmigung)	
15	Baugenehmigung	
16	De-minimis-Erklärung mit Anlagen (gilt nur für Unternehmen)	
	Nur von kommunalen Antragstellern/Gebietskörperschaften, soweit zutreffend, einzureichen	laufend Einzureichen mit Erstantrag
17	Kostenberechnung (mindestens DIN 276 entsprechend Leistungsphase 3 HOAI mit Angabe von Mengen, Einzelpreisen und Gesamtpreisen)	
18	Eigenerklärung zur Sicherstellung der Gesamtfinanzierung (wenn Eigenmittel > 100.000 €)	
19	Bei beantragter Förderung freiberuflicher Leistungen (z. B. Planungen): mindestens dreischriftliche Angebotsabforderungen, eingegangene Angebote, Vergabeentscheidung mit Begründung sowie Vergabebeschluss	laufend Einzureichen mit Erstantrag
	Nur von privatrechtlichen Antragstellern, soweit zutreffend, einzureichen	
17	3 vergleichbare Angebote (je Gewerk; gilt auch für Planungsleistungen), Pauschalangebote sind unzulässig	laufend Einzureichen mit Erstantrag
18	Aktuelle Bescheinigung in Steuersachen, zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht älter als 1 Jahr (nicht bei Vorsteuerabzugsberechtigung)	
19	Handelsregister-, Genossenschafts-, Vereinsregisterauszug	
20	Nachweis Gemeinnützigkeit	

Lfd. Nr.	Anlagen von jedem Antragsteller, soweit zutreffend, einzureichen:	Einzureichen als Anlage zum Fördermittelantrag, Antragsfrist:
	sonstige Unterlagen	
21	Nutzungsgestaltung bei kleinen touristischen Einrichtungen, falls erforderlich	
22	Falls erforderlich: • Stellungnahme der zuständigen Forstbehörde • Stellungnahme der Unteren oder Oberen Wasserbehörde • Stellungnahme des Straßenbauamtes • Begründung für Ausführung nach der Richtlinie für die Standardisierung des Oberbaus von Verkehrsflächen (RStO)	

6 Maßnahme Einrichtungen für lokale Basisdienstleistungen – BASIS

Lfd. Nr.	Anlagen von jedem Antragsteller, soweit zutreffend, einzureichen:	Einzureichen als Anlage zum Fördermittelantrag, Antragsfrist:
1	Ausführliche Beschreibung des geplanten Vorhabens	
2	Fotos vom Standort des Vorhabens	
3	Planungsunterlagen	
4	Lageplan mit Kennzeichnung des Standortes des beantragten Vorhabens sowie Angabe der Flurstücksnummer	
5	Kreditbereitschaftserklärung (nur bei Finanzierung über Darlehen)	
6	Stiftungsverzeichnisauszug (nur von Stiftungen)	
7	Nachweis der eingeplanten Leistungen Dritter (nur wenn Drittmittel eingeplant)	
8	Aktueller und vollständiger Grundbuchauszug oder Liegenschaftskatasterauszug (nicht älter als 2 Jahre) als Nachweis der bestehenden Eigentumsverhältnisse <i>oder</i>	
9	Notariell abgeschlossener Kaufvertrag und der Grundbuchauszug über die eingetragene Auflassungsvormerkung zum Nachweis des Eigentumserwerbs <i>oder</i>	15.01.
10	Erbbaugrundbuchblatt (bei Erbbauberechtigung) <i>oder</i>	
11	Nutzungsvertrag über mindestens 15 Jahre	
12	Baugenehmigung	
13	Stellungnahme der Denkmalschutzbehörde (auch bei bestehendem Umgebungsschutz notwendig z. B. Kirchengrundstück)	
14	Nachweis über die Beteiligung der/des kommunalen Behindertenbeauftragten (bei öffentlich zugänglichen Vorhaben in Bezug auf Verkehrs- und Freiraum, Gebäude, Informations- und Kommunikationsanwendungen)	
15	De-minimis-Erklärung mit Anlagen (gilt nur bei wirtschaftlichen Tätigkeiten)	
	Nur von kommunalen Antragstellern/Gebietskörperschaften, soweit zutreffend, einzureichen	
16	Kostenberechnung (DIN 276 Ebene 3 oder gleichwertige Aufstellung entsprechend mit Angabe von Mengen, Einzelpreisen und Gesamtpreisen)	
17	Eigenerklärung zur Sicherstellung der Gesamtfinanzierung (wenn Eigenmittel >100.000 €)	15.01.
18	Bei beantragter Förderung freiberuflicher Leistungen (z. B. Planungen): mindestens drei schriftliche Angebotsabforderungen, eingegangene Angebote, Vergabeentscheidung mit Begründung sowie Vergabeabschluss	

Lfd. Nr.	Anlagen von jedem Antragsteller, soweit zutreffend, einzureichen:	Einzureichen als Anlage zum Fördermittelantrag, Antragsfrist:
	Nur von privatrechtlichen Antragstellern, soweit zutreffend, einzureichen	
16	3 vergleichbare Angebote (je Gewerk; gilt auch für Planungsleistungen), Pauschalangebote sind unzulässig	
17	Aktuelle Bescheinigung in Steuersachen, zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht älter als 1 Jahr (nicht bei Vorsteuerabzugsberechtigung)	15.01.
18	Handels-, Genossenschafts-, Vereinsregisterauszug	
	sonstige Unterlagen	
19	Formblatt Wirtschaftlichkeitskonzept (sofern mit dem Vorhaben Einnahmen erzielt werden sollen, bedarf es einer Markt- und Standortanalyse, einschließlich einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung (Rentabilitätsvorschau, Investitions- bzw. Kapitalbedarfs- und Finanzierungsplan), welche von einer externen fachkundigen Stelle (Bank, Steuerberater) bestätigt wurde)	
20	Stellungnahme der Feuerwehr-Unfallkasse (nur bei Feuerwehr)	
21	Nachweis, dass keine gleichartigen Einrichtungen innerhalb des jeweiligen Ortsteils vorhanden sind bzw. dass trotz vorhandenem gleichartigen Angebot in Ortsnähe eine Unterversorgung und damit ein Bedarf besteht	15.01.
22	Nachweis, dass das Vorhaben innerhalb der Gemeinde abgestimmt ist: • Beschluss des örtlichen Gemeinde- oder Stadtrats <i>oder</i> • die Verankerung des expliziten Vorhabens in einer formellen Planung (Fachplanung) oder einer informellen Planung (Gemeindliches Entwicklungskonzept, Regionale Entwicklungsstrategie LEADER, Regionalstrategie Daseinsvorsorge, sonstige Dorfentwicklungsplanung)	
23	Erreichbarkeit der nächsten gleichartigen Einrichtung im motorisierten Individualverkehr (Angabe in Minuten)	

7 Maßnahme Revitalisierung von Brachflächen – REVIT

Lfd. Nr.	Anlagen von jedem Antragsteller, soweit zutreffend, einzureichen:	Einzureichen als Anlage zum Fördermittelantrag, Antragsfrist:
1	Ausführliche Beschreibung des geplanten Vorhabens	laufend Einzureichen mit Erstantrag
2	Fotos vom Standort des Vorhabens	
3	Lageplan mit Kennzeichnung des Standortes des beantragten Vorhabens sowie Angabe der Flurstücksnummer	
4	Kreditbereitschaftserklärung (nur bei Finanzierung über Darlehen)	
5	Stiftungsverzeichnisauszug (nur von Stiftungen)	
6	Nachweis der eingeplanten Leistungen Dritter (nur wenn Drittmittel eingeplant)	
7	Aktueller und vollständiger Grundbuchauszug oder Liegenschaftskatastrauszug (nicht älter als 2 Jahre) als Nachweis der bestehenden Eigentumsverhältnisse <i>oder</i>	
8	Notariell abgeschlossener Kaufvertrag oder der Grundbuchauszug über die eingetragene Auflassungsvormerkung zum Nachweis des Eigentumserwerbs <i>oder</i>	
9	Erbbaugrundbuchblatt (bei Erbbauberechtigung) <i>oder</i>	
10	Nutzungsvertrag über mindestens 8 Jahre	
11	Stellungnahme der Naturschutzbehörde (Eingriffsgenehmigung)	
12	Bei Förderung mit Folgenutzung: Baugenehmigung	
13	Stellungnahme der Denkmalschutzbehörde (auch bei bestehendem Umgebungsschutz notwendig z. B. Kirchengrundstück)	
14	Stellungnahme der Bodenschutzbehörde (Altlastenfreiheitsbestätigung)	
15	Nachweis über die Beteiligung der/des kommunalen Behindertenbeauftragte/n (bei öffentlich zugänglichen Vorhaben in Bezug auf Verkehrs- und Freiraum, Gebäude, Informations- und Kommunikationsanwendungen)	
16	Anlage Steuernummern und Beteiligungen	
17	De-minimis-Erklärung mit Anlagen (gilt nur bei wirtschaftlichen Tätigkeiten)	
	Nur von kommunalen Antragstellern/Gebietskörperschaften, soweit zutreffend, einzureichen:	laufend Einzureichen mit Erstantrag
18	Kostenberechnung (DIN 276 Ebene 3 oder gleichwertige Aufstellung mit Angabe von Mengen, Einzelpreisen und Gesamtpreisen)	
19	Stellungnahme der Kommunalaufsichtsbehörde (wenn Eigenmittel >100.000 €)	
20	Bei beantragter Förderung freiberuflicher Leistungen (z. B. Planungen): mindestens drei schriftliche Angebotsabforderungen, eingegangene Angebote, Vergabeentscheidung mit Begründung sowie Vergabebeschluss	laufend Einzureichen mit Erstantrag
	Nur von privatrechtlichen Antragstellern, soweit zutreffend, einzureichen:	
18	3 vergleichbare Angebote (je Gewerk; gilt auch für Planungsleistungen), Pauschalangebote sind unzulässig	
19	Aktuelle Bescheinigung in Steuersachen, zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht älter als 1 Jahr (nicht bei Vorsteuerabzugsberechtigung)	
20	Handelsregister-, Genossenschafts-, Vereinsregisterauszug	
21	Nachweis Gemeinnützigkeit	
22	Kontoauszugskopien, Sparsbuchkopien, Bankerklärungen zu Guthaben, Kopien von Sparsbüchern Dritter inkl. Mittelbereitstellungserklärung des Dritten, o. ä. (wenn Eigenmittel am Vorhaben >50.000 €)	

8 Maßnahme Regionalbudget – REGB

Lfd. Nr.	Anlagen von jedem Antragsteller, soweit zutreffend, einzureichen:	Einzureichen als Anlage zum Fördermittelantrag, Antragsfrist:
1	Ausführliche Beschreibung des geplanten Vorhabens	31.01.
2	Aktueller Auszug aus dem Vereinsregister	
3	Aufruf des Antragstellers (Erstempfänger) zum Regionalbudget an die Projektträger (Letztempfänger)	
4	Auswahlkriterien	
5	Nachweis über die zu erbringenden Eigenmittel (z.B. Kontoauszug)	
6	Mitglieder des Entscheidungsgremiums	

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung für ein Kleinprojekt im Rahmen des Regionalbudgets

Lfd. Nr.	Anlagen von jedem Antragsteller, soweit zutreffend, einzureichen:	Einzureichen als Anlage zum Fördermittelantrag, Antragsfrist:
1	Kostenberechnung/-schätzungen, Kosten-/Lieferangebote	Frist entsprechend Förderaufruf der regional zuständigen RAG
2	Fotos vom Standort des Vorhabens/ aktueller Zustand	
3	Lageplan mit Kennzeichnung des Standortes, auf dem das Projekt umgesetzt werden soll, sowie Angabe der Flurstücksnummer	
4	Nachweis der eingeplanten Leistungen Dritter (nur, wenn Drittmittel eingeplant sind)	
5	Aktueller und vollständiger Grundbuchauszug oder Liegenschaftskatastrerauszug (nicht älter als 2 Jahre) als Nachweis der bestehenden Eigentümerstellung des Antragstellers (bei Investitionen an Gebäuden bzw. Grund und Boden) <i>oder</i>	
6	Notariell abgeschlossener Kaufvertrag und der Grundbuchauszug über die eingetragene Auflassungsvormerkung zum Nachweis des Eigentumserwerbs (bei Investitionen an Gebäuden bzw. Grund und Boden) <i>oder</i>	
7	Nutzungsvertrag über mindestens 5 Jahre nach Fertigstellung (bei Investitionen an Gebäuden bzw. Grund und Boden)	
8	Baugenehmigung (falls für die Umsetzung erforderlich)	
9	Denkmalschutzrechtliche Genehmigungen (falls für die Umsetzung erforderlich)	
10	De-minimis-Erklärung mit Anlagen (gilt nur für Unternehmen)	